

BVZ Berliner Volks-Zeitung

Zweimal täglich
60 Pfg. wöchentlich
Im Einzelverkauf:
Morgenblatt 10 Pfennig
Sonntag 15 Pfennig
Abendblatt 5 Pfennig

Freitag, 19. Dezember 1930

ABEND-AUSGABE

78. Jahrgang - Nr. 598

Protest der Hosenmätze

So sehen die Frontkämpfer der Nazis aus

Hamburg, 19. Dezember.

In unverantwortlicher Weise verüben die Nationalsozialisten die Schaulust der höheren Ämtern in ihren demagogischen Parteidemonstrationen. Nach der fälschlich von den dortigen Schutzbehörden mit Recht durchgeführten Auflösung des nationalsozialistischen Schülerbundes hat die Partei Protestvereine in Hamburg arrangiert, in denen die dort verammelten Terzianer, Sekundaner und Primaner zu Protestaufrufen an ihre Direktoren veranlaßt worden sind und diesen ein Bruch der Reichsverfassung, die allen Deutschen die freie Meinungsäußerung gestatte, vorgeworfen wird. Ferner bemühen sich die Nationalsozialisten durch Flugblattverteilung die Schüler zu immer neuen Kundgebungen aufzufachen. Ein energischer Durchgreifen gegenüber diesen Sabotageversuchen der Reichsbehörden wäre in Altona durchaus erforderlich.

lächen. Wenn bei der Entlassung ihnen ein gewisser Fein-Papier in die Hand gedrückt wird, dann sei Gelegenheit, durch ein Lächeln zu beweisen, was man sich aus dem Fein-Papier mache. Wenn man dann für dieses verächtliche Lächeln zur Rede gestellt wird, dann kann man in ruhiger Behauptung es tun, was man mit einem Irrenium teilen handeln, der das Sachen gehen haben will.

Mit jodelndem Redenarten, mit der

Aufforderung zu fügen, füttern die Nationalsozialisten die Jugend. Ihre Propaganda unter jungen Menschen, die sich erst entwickeln müssen, hat mit Politik nichts mehr zu tun. Menschen, die so frühzeitig, sind Jugendverderber, denen der Staat, wenn er sich nicht selbst aufgeben und eine heranwachsende Generation geistiger Verblümmung preisgeben will, endlich mit rücksichtsloser Energie das Handwerk legen muß.

K. C.

BVZ Funk

KIEL. Gestern abend wurde hier eine Versammlung der Nationalsozialisten von der Polizei wegen schlechter Angriffe auf die Republik aufgelöst.

HAMBURG. In Bremen ist durch den Zusammenschluss junger Staatspartei mit anderen Jugendverbänden eine „Freihöflich nationale Aktion“ ins Leben gerufen worden, die den Zweck verfolgt, die Rückbildung der deutschen und bremischen Politik einen verstärkten Aktivismus der Mitte entgegenzustellen.

PIRMASENS. Aus dem Weiler bei Winzeln sind 81 Granaten herangeschickt worden. Ausserdem fand man einen Militärkabiner und eine Pistole, was insofern überaus, als man feststellte, dass die Patole keine 14 Tage im Wasser gelegen haben kann. Die Sucharbeiten werden fortgesetzt.

GENÈ. Heute vormittag überreichte der deutsche Generalkonsul Dr. Voelckers dem Untergeneralsekretär Marches, Pautucci eine neue Beschwerde der deutschen Reichsregierung. Sie bezieht sich auf Fälle von Wahlbeeinflussung, Gewaltakte, Hetze gegen die deutsche Minderheit und Verlegen des behördlichen Schutzes in Posen und Pommern.

CARTAGENA. Der Weiterflug der sechs Flugzeuge des italienischen Luftgeschwaders, die im Sturm bei den Balerischen Inseln niedergehen mussten, kann auch heute noch nicht stattfinden. Man hofft, dass die Weiterfahrt nach Alcazars morgen erfolgen kann.

WASHINGTON. Staatssekretär Simon äusserte sich vor dem Handelsausschuss des Bundes senats über die Einwanderungsfrage. Er wandte sich gegen das von den Senatoren Reed und Johnson vorgeschlagene Verbot der Einwanderung für zwei Jahre und sprach sich für eine 90prozentige Kürzung der Quoten der einzelnen Länder aus.

Jugendverderber

Wenn man die nationalsozialistischen Führer sprechen hört, könnte man annehmen, diese Herrschaften seien die ersten Frontkämpfer und zu ihrer Gefolgschaft zählten lediglich die Wehrlosen. Dabei haben sich in dieser Partei nicht zahlreiche Feindkämpfer, die Reden von Hochbein bis Freid, zusammengefunden. Und die andere Hälfte dieser eigenartigen Frontkämpfer wird von Unmündigen, von höheren Schülern gestellt, denen es Spaß macht, unter Aufkommando zu tanzeln und zu protestieren. Man bemüht sich, diese junge Gymnasialjugendgeneration ganz systematisch gegen den Staat und auch gegen die republikanische Lehrerhaft aufzuheben.

Mit welchen Methoden die unter Leitung von Erwaachsenen stehenden nationalsozialistischen Schülerbünde arbeiten, beweist eine Rede, die der Berliner Gauführer Ammerlaß vor einiger Zeit in einer Schülerkündigung in den hohenollern-Festhallen gehalten hat. Da hieß es: „Wenn es auch nicht immer ratsam ist, stehen gegen die heutige Richtung in der Schule anzukämpfen, so kann doch ein gewisser palli- derer Widerstand der Jugend hier viel helfen... Die schwerste Waffe in ihrem Kampf gegen den Staat haben die Schüler und Schülerinnen darin, daß sie über etwaige Ver- sätze framm-republikanischer Lehrer nur

Deutschnationaler Reinfall

Misstrauensantrag gegen Braun und Severing vom Landtag abgelehnt
Der Vertrag mit der Volksbühne

Der preussische Landtag nahm heute die Abstimmung über den deutschnationalen Misstrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten Dr. Braun und Innenminister Severing vor. Der Antrag wurde mit 224 gegen 182 Stimmen bei zwei Stimmentzettelungen abgelehnt.

Das Ergebnis dieser Abstimmung zeigt, daß die Mehrheit des preussischen Landtags die Ansichten der Regierung über den Remarque-Film teilt, und es ist im Grunde ein unerträglicher Zustand, daß die Mehrheit zugunsten einer Minderheit, die sich dem Abfall-Nationalismus verpflichtet sieht, auf den Film verzichten soll. Wie wenig ernst es den Reichsparteien mit dem Misstrauensantrag gegen die Regierung war, beweist die Tatsache, daß bei der Abstimmung auf der Rechten große Massen flackten. Allerdings war auch bei den Regierungsparteien eine Anzahl von Abgeordneten nicht erschienen. Die Sitzungswahrscheinlichkeit einmal über auszugehen.

In der Aussprache befaßte sich das Landtag mit dem Vertrag, den der Staat mit der Volksbühne über die Oper am Platz der Republik abgeschlossen hat. Nach diesem Vertrage zahlt der Staat an die Volksbühne eine Entschädigung für den Verzicht der Volksbühne auf ihre Ansprüche aus dem bisherigen Vertragsverhältnis. Nach dem Ablauf der Spielzeit 1930/31 in der Rollpoper werden der Volksbühne vom 1. September 1931 ab auf fünf Jahre in jeder Spielzeit 54 000 M.

für geistlose Vorstellungen in der Staatsoper. Unter den Linsen für einen Preis von je zwei Mark und 30 Pfennige Garbenobergebühr zur Verfügung gestellt. Mit dieser Anordnung ist das Zensurteil über die Rollpoper gesprochen.



Armer Hitler

„Verflucht, was so 'ne Mücke stechen kann“

Der Vorparlaments beantragt die Genehmigung des mit der Volksbühne abgeschlossenen Vertrags und eine Entschädigung, die den Finanzminister erstucht, die im Etat 1930 bereitgestellten 160 000 Mark für die Landesbühnen voll zu gewähren und die der Stadt Breslau für die Erhaltung ihres Theaters bewilligten 150 000 Mark ausserplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

Der Reichsminister Abg. Kaufner (Centr.) weist darauf hin, daß durch den neuen Vertrag die Leistung des Staates auf 5,5 Prozent der Leistung durch den früheren Vertrag herabgesetzt worden sei.

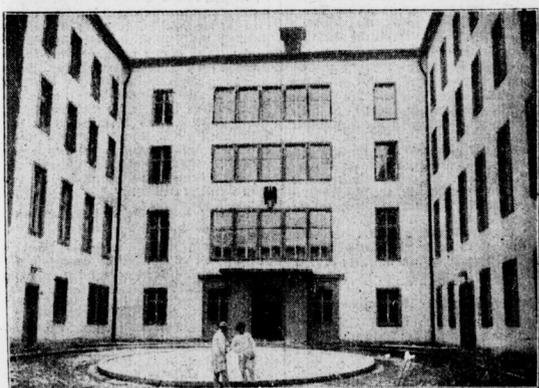
Abg. Dr. Rose (D. Vp.) erklärt, bisher habe der Landtag noch nicht die Unterlagen gesehen, auf die sich die Aufspache der Volksbühne gründet. Die Volkspartei könne dem Vertrag nicht zustimmen.

Abg. König-Bolsdam (Soz.) erwidert dem Vordere, bei dem Vertrag sei die Volksbühne nicht die Rehmende, sondern die Gebende.

Mit den Stimmen der Regierungsparteien wird dem beschließen, die weitere Debatte zu verlegen.

Wieder Kabinetsrat

Die Mitglieder des Reichskabinetts sind heute vormittag noch einmal zu einer Besprechung über die allgemeine politische Lage zusammengetreten. Reichsaußenminister Dr. Curtius führt heute abend zu Besprechungen über die österreichischen Angelegenheiten nach Eppeln und Gletwiz. Er wird am Sonntag vormittag wieder in Berlin sein. In seiner Begleitung befinden sich sein persönlicher Referent, Geheimrat Heinebeck, und Generalstabschef von Grönow.



Die neue Reichskanzlei
Der Ehrenhof des Erweiterungsbau

glaube, daß „Proletariatsjugend“ fest angefaßt werden müßten, wenn man sie „für die Arbeit und für das Leben“ erziehen wollte.

Trotz der Verurteilung des Chefredakteurs Freilicht ist gehen in dem Prozeß Scheuen das „Saalplatten- und Kopftafeltheater“ verurteilt worden und damit das System der Fälscherziehung, wie es bisher — das ging aus der Verhandlung im Prozeß Scheuen hervor — sowohl vom Obermagistratsrat knaunth wie auch von der Frau Stadtrat Wehl, wenn auch nicht gewollt und gefördert, so doch — vielleicht ohne Wissen — gebildet wurde. Wenn der Prozeß das Gute hat, daß in Zukunft mit dem System Scheuen gebrochen wird, so hat er sein Ziel erreicht, und Fälscheraktive Freilicht faun trotz seiner Verurteilung der moralische Sieger gewertet werden.

Reform der Fürsorge-Erziehung

Ein Antrag der preussischen Regierungsparteien

Die Regierungsparteien haben einen Antrag eingebracht, der eine Reform der Fürsorgeerziehung bezweckt. Es wird darin die Anordnung gefordert, daß in den Fürsorgeerziehungshäusern die heimische in Gruppen von höchstens 30 Jünglingen auf getrennte Tagesräume (Wohn- und Speisräume) aufzuteilen sind, daß ferner die allgemeinen Wohnräume in Fürsorgeerziehungshäusern auf das Maß zu beschränken sind, das für die Berufsausbildung, Arbeitsweise oder Erziehung unerlässlich ist — die allgemeinen Speisegründe sind als Zitatmittel zu verbieten —, und daß schließlich der Einzelzettel als Erziehungsmittel und Stofmittel verboten ist. Auch soll eine Verbennerung der Saartstadt und Milderung der Forderungen in Fürsorgeerziehungshäusern als Zitatmittel verboten werden.

Ferner wird verlangt, daß die Beteiligten, auch der Minderjährige selbst, über die ihnen gegen die Anordnung der Fürsorgeerziehung zutreffenden Maßnahmen zu belehren sind. Die Arbeitszeit der Fürsorgeerziehung soll nach dem allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen geregelt werden. Sehr wichtig ist die Forderung, daß alle zwei Jahre die Frage der Aufhebung von Amts wegen nachgeprüft werden muß. Bei der Ausübung der Fürsorge soll dafür Sorge getragen werden, daß die im Lebenskreis, aus dem die Jünglinge kommen, ferner



Weiss, die neue Polizeimode
Die Pariser Verkehrspolizei hat weisse Käppis bekommen.

Neue Zwanzigmarknoten

Der Geschäftskreis der Reichsbank, die jetzt in Umlauf befindlichen Noten durch neue Noten zu ersetzen, bei deren Verteilung alle technischen Neuerungen der letzten Jahre zur Anwendung gelangen, liegt schon mehrere Jahre zurück. Noch längere Vorarbeiten wurde der Bildhauer Professor van der Velden mit der Anfertigung eines Modells für die Rückseite und dann des ganzen Entwurfs beschäftigt.

Bei dem jetzt verwendeten Papier wurde erstmalig versucht, das gestochene Porträt auf den Geldscheinen auch als Wasserzeichen erscheinen zu lassen. Hierzu waren sehr umfangreiche Vorarbeiten und Einrichtungen notwendig, die erst nach dem Fortleben deutscher Reichsbanknoten werden konnten und für sich allein schon sehr großen Platzbedarf beanspruchten.

Tamit ist der Tap für die neue Notententreihe geschaffen, als deren

erster Wert die Zwanzigreichsmarknote nunmehr dem Verkehr übergeben wird.

Die Zwanzigreichsmarknote folgt in wenigen Wochen; ferner der Fünf- und Zehner der neuen Serie in Arbeit. Dem Wunsch, in den Reichsbanknoten das Zeichen und Streben des deutschen Volkes zu veranschaulichen, wurde durch die Wahl der Bildnisse ausprobiert, die hervorragende Persönlichkeiten aus Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie, Handel, Wissenschaft und Kunst darstellen. Die erste Ausgabe gelangende Zwanzigreichsmarknote trägt das Bildnis von Werner von Siemens, die alsbald folgende Note zu 10 Reichsmark wird das Bild von Thier zeigen.

Rossbach-Krieger in einer Berliner Kirche

Eine seltsame Spielschar / Für 100 Mark wird man Führer / Die Choräle des Freikorpshelden

Die Schar singt im Sammler: Stille Nacht, heilige Nacht... Kant Programm. Sie tut es brauchen vor der Tür, während drinnen — in der Freilichtkammer nämlich — die Lampen bis auf die flackernden Kerzen gelöscht werden.

Dann kommt die „Rossbach-Schar“ herein. Sie kommt „geflüchtet“ loszuziehen, mit Kerzen und dem Kreuzzeichen aus dem 12. Jahrhundert. In bunten Wandertüchern, mit einem Aumerich besetzten, mit Hängeglocken weißgerahmten und Stillefäden.

Vor dem Altar machen sie rechts und links markierte auf! Man faun es kurz denken Willen nicht anders nennen, denn es geschieht ergrit, mit militärischer Akkuratheit. Sie stellen auch die Stühle in Reih und Glied und die Reihenänder, wie eine Militärkapelle. Laut, denn jagen sie Choräle, spielen Flöte, Klavi. Eine Geit. Sehr nett, sehr stimmungsvoll.

Und sind trotzdem kein christlicher Verein junger Männer, im Gegenteil.

Was sie da machen, ist „totale Mobilisierung“!

So nennt es wenigstens Bronnen, Dichter von nationalitätlichen Mien gefaßt, in seinem „Rossbach-Buch“. Und der muß es ganz genau wissen, weil es sich um die Eckerhard-Spielschar des Herrn Oberleutnant Rossbach handelt!

Es handelt sich um mehr, um die „Anselm“ deutscher Jugend, laut Programm. Die „Anselm“ im deutschen Volk führen soll! Vorausgesetzt natürlich, es finden sich die ganz gehörigen Gefährten.

Für 100 Mark im Juli und August faun man in Rossbach-Kerzen Führer werden, im Frühjahr und Herbst für die Säfte.

Vielleicht arten sie alle dem Oberführer nach, und der führte einst als Bandenführer in Ober-Sachsen für:

„Zwei Mann her. Die rote Fahne weg. Dem Mann die Aolen herunter. Händlungswang! Ich jähle mit... und leht zu leht: der Trit war von mir...“

Und Bronnen Rossbach-Buch, und der weiß es, wie gefaßt, genau; er hat sich bei Rossbach persönlich erkundigt, wie es gewesen sei in seinem Freitop.

Inzwischen hat Herr Oberleutnant Rossbach sich hundert Dingen angewandt, wie der Komposition von Chorälen. Er soll dabei bleiben. Er soll auch Schule machen: wenn Goebels erst das prächtige Lied „Mit mir der Nacht ist nicht getan“ in seiner Zonar komponiert, dürfen sich alle, die Führer sein die Gefährten, in vollständig günstiger Situation befinden.

Die zum Urteil berufen sind...

Die Kriegsoffer fordern Freigabe des Remarque-Films

Der Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsoffiziere, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen nahm nachstehende Entschließung einstimmig an:

„Das Aufführungsverbot des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues“ durch die Filmoberprüfungsstelle in Berlin fordert den schärfsten Protest aller Frontsoldaten heraus. Mit ihnen leidet der Krieg als ständiger Opfer der Menschheit. Der Beschandung der Kriegsoffiziere, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen — bereits im Jahre 1917 von Frontsoldaten gegründet — ruff als größte Organisation der deutschen Kriegsoffiziere Protest laut in alle Welt.“

Nicht durch den Film ist das deutsche Ansehen im Ausland gefährdet worden, sondern durch das Verbot. Bedeutet es doch nur ein Zurückweichen vor einer Ideologie, die mit eigenen Kriegserlebnissen nicht verbunden ist, ein Zurückweichen vor Strohkentner irreführender und unreifer Volksfelle.

Fast nicht, daß der größte Teil der Mitglieder der Filmoberprüfungsstelle und die jungen Demontanten den Frontkrieg selbst nicht erlebt haben. Auch die meisten Behauptungen des Filmverbots haben den Film selbst nicht gesehen.

Frontkrieg, Frontleben und der Film „Im Westen nichts Neues“ sind eherner Dreifaltigkeit!

Ohne Parteilichkeit für eine Seite der ehemals feindlichen Fronten zeigt der Film das wahre Gesicht des Krieges und die furchtbaren Leiden und seelischen Gefährdungen der Frontsoldaten.

Wir kennen das wahre Gesicht des Krieges; Millionen Hinterbliebener unserer gefallenen

Kameraden nicht minder seine veränderten Auswirkungen. Wir kennen aber auch ein Abenteuerlust der Jugend und ihre durch unerantwortliche Heber leicht ausgenutzte Innerfahretheit.

Verstößt die junge Generation vor verhängnisvoller Romantik vom Krieg? Die jungen, von der brutalen Faust des letzten Krieges zerfurchten Kämpfer seien hier erste Mahnung.

Wollt in der Jugend das Brennen, aus tiefster Weisheit kommende Verlangen, die Jugendzeit für alle Zeiten von der Gewalt des Krieges zu befreien. Setzt ihnen den Film! Auch sie sollen erkennen, daß der Weg zu Lebensglück und Freiheit nicht durch das Blut der besten Söhne der Völker, sondern nur über den Weg der friedlichen Verständigung führt. Die Schrecken des Krieges in früherer Erinnerung, hat sich das deutsche Volk die demokratisch-republikanische Verfassung gegeben, die, um „den inneren und dem äußeren Frieden zu dienen“, wie sie selbst sagt die Erziehung der Jugend „im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerverehrung“ allen Schülern zur Pflicht macht.

Friedliebend und friedfertig will und soll also der Deutsche sein.

Nicht aus Feigheit, sondern aus Liebe zur Friedfertigkeit,

aus Liebe zu unserem Land und zu unserem Volk und aus dem Erkenntnis heraus, daß der Krieg nicht nationale und moralische Werte schafft, sondern vernichtet, sind wir Frontkämpfer Gegner des Krieges. Deshalb: Abschied mit dem Film „Im Westen nichts Neues.“



Wintermanöver der Reichswehr
Eine Tanktruppe bei den Übungen in der Grenzmark

Steegs knapper Sieg

Paris, 19. Dezember.

Der Erfolg der Regierung Steeg in der Kammer hat eine größere Bedeutung, als die geringe Mehrheit von sieben Stimmen zunächst erkennen läßt. Die ganze Presse der Rechten hatte erkannt, diese Regierung eines schärfen verhaften Fortschritts müßte schon am ersten Tage gescheitert werden. Die Regierung hat sich aber behauptet, und durch die knappe einstimmige Unterfraktion der Sozialisten ist der Charakter einer Minderregierung noch deutlicher unterstrichen worden. Wäre Steeg gleich in der Kammer gescheitert, dann wäre ein Konflikt zwischen dem Senat, in welchem Steeg auf eine sehr feste Mehrheit rechnen kann, und dem Palais Bourbon unvermeidlich gewesen.

Jetzt hat der Ministerpräsident Steeg bis Anfang Januar Zeit, die neue Regierungsvorhaben in seinem Kabinett neu zu besetzen,

dann vielleicht schon heute oder morgen wird die Kammer in die Reichstagskammer gehen. Wenn die Verteilung der Ämter gefaßt ist, erfolgt dann die Mündigkeit der Rechten über die erlittene Enttäuschung durch eine vernünftige Unterlegung gedämpft wird, dann kann Herr Steeg und seinen Ministerien wenigstens die Möglichkeit zu sich über Arbeit geboten werden.

Die Rechten und die Sozialisten haben jetzt die Aufgabe, durch eine kluge Politik der Reaktion den Weg zu verperren. Wenn dies Wert gelingt, dann hat der Senat sich nicht bloß um die republikanische Politik Frankreichs ein Verdienst erworben, als er Lardieu und seine getreue Reichsmajorität aus dem Wege räumte; er hat auch der Politik der internationalen Aussprüche die Arbeit erleichtert. Dem geringsten Vorteil haben von ihrem gefaßten Mandat die drei Abtrünnigen, Zoumire, Gauru und Cott, geholt, die das Kabinett in letzter Stunde verlassen haben. Sogar die Leute der Rechten finden, daß es keine elegante Geste war, erst über die Regierungserklärung mitzugeben und dann die Regierung kurz vor dem ersten Gefecht zu verlassen.

Die Linke nennt die drei Abtrünnigen ganz einfach Verräter.

Die Stimmung wurde deutlich, als sich die Herren getrennt während der Abstimmung in der Kammer zeigten. „Vergebens suchten sie nach einem tröstlichen Handdruck“, schreibt „L'Europe“.

Reichstag gegen Radenstiftung am Heiligabend.

Der Reichstag hat in seiner gestrigen Beschlusung mit Mehrheit beschlossen, gegen das Gesetz über den Lebenslohn am Heiligabend Einpruch zu erheben. Außerdem behält der Reichstag entgegen dem Wunsch der Reichsregierung, die die Novelle zum Heiligabendgesetz erlassen werden sollte, nach einem Vorschlag Freilicht, die Vorlage an die Reichstagskommission zu überweisen,

Der Gehaltsabbau

Hier ist die Regierung forsch

Wie der Gewerkschaftsbund der Angestellten mittels, fanden höchsten dem Reichsfinanzministerium und den am Tarifvertrag beteiligten Organisationen Verhandlungen über Kürzung der Gehälter der Reichsangeestellten statt. Die Reichsregierung wollte auf Grund des Paragraphen 5 der Rotverordnung vom 1. Dezember 1930 auch sämtlichen Reichsangeestellten die Gehälter um sechs Prozent, genau so wie bei den Beamten, kürzen. Die Gewerkschaften haben diese Gehaltsabbau unter Hinweis auf die hohe Belastung der Angestellten durch die Sozialversicherungsbeiträge — diese betragen rund 19 Prozent des Gehalts — abgelehnt.

Das Reichsfinanzministerium hat darauf auch im Auftrag der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft mit der Deutschen Reichsbahn das Gehaltsabkommen zum Reichsangeestellten-Zerhörstag zum 31. Januar 1931 gefaßt. Die anwesenden Regierungsdirektoren des Staatspreußen erklärten, daß Preußen sich diesem Vorgehen anschließen werde. Die Gewerkschaften fordern, daß die Arbeitslosenversicherung unterliegenden Angestellten von einer Gehaltskürzung ausgenommen werden.

Erst Sonnabend Urteil im Franzosen-Prozess

Braunau, 19. Dezember.

Die Genevaaufnahme im Prozeß Franzosen ist gestern nachmittag zu Ende geführt worden. Der Einbruch ist der: Die Beamten der Berliner Polizei haben ein völlig einseitiges, bis in Einzelheiten übereinstimmendes Bild der Angeklagten gegeben. Die Jungs der Partei Franzosen haben sich vielfach widersprochen.

Nach dem Abbruch der Verteilung teilte der Vorsitzende, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Kette, mit, daß der Urteilspruch am kommenden Sonnabend, 11 Uhr vormittags, verkündet werde,

Die Diktatur verhaftet

Unterdrückungen in Jugoslawien

Budapest, 19. Dezember.

Die Belgrader Diktaturregierung fährt mit der Säuberung des sogenannten politischen Lebens“ in Jugoslawien weiter fort. Heute trifft aus Zagreb die Meldung über die

Verhaftung des ehemaligen Staatssekretärs und Abgeordneten Dr. Bernar ein, ebenfalls eines Zunimen des in der Belgrader Diktatur einflussreichste Stefan Raditsch.

Dr. Bernar war bei der Revolutionsregierung in der Diktatur, die bekanntlich drei Tote gefaßt hatte, ebenfalls beteiligt gewesen. Der serbische Minister Raditsch hatte ihm eine Kugel in die Schulter gefaßt, an welcher Verwendung Bernar lange Zeit leidendhaftig litt.

Der Verhaftung Bernars wird ebenfalls wieder mit Konspiration gegen die Diktatur begründet, liegt aber natürlich ebenfalls in der politischen Linie der Diktatur, alle früheren Parteiführer unabhängig zu machen. Vor einigen Tagen wurde das gleiche Schicksal auch der früheren Abgeordnete Bilber erlitten. Auch ein angelegener Diktatur befindet sich unter den neuerdings Verhafteten, ein Raibacher Bürger namens Ribel.

Freischreiben über Reparationen

Im Reichstag ist ein von der Wirtschaftspartei, der Deutschen Volkspartei, der Landvolkspartei, den Deutschnationalen, den Konservativen und der Staatspartei unterzeichneter Antrag eingegangen, der den Reichsaussenminister auffordert, 100.000 Mark zur Finanzierung der besten Arbeiten über den Einfluß der deutschen Reparationsleistungen auf die Weltwirtschaftskrisis beizusteuern. Diese Mittel sollen durch Einparungen bei den Zinsen des Haushalts des Auswärtigen Amtes aufgebracht werden.

